

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mt., bei Selbstabholung 5.50 Mt. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mt., für einen Monat 6.— Mt. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4508. — Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 10/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13993. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 10/21 — Telephon 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.00 Mt., bei Platzvorschrift 2.30 Mt.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mt. Reklame-Kolonelle 7.50 Mt. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Zur Regierungsumbildung, Die Antwort des Zentralkomitees der USPD.

Vom Vorstand der USPD. Ist beim Zentralkomitee unserer Partei am 8. Oktober folgendes Schreiben eingelaufen:

„Berlin, den 6. Oktober 1921.“

In den Vorstand der
Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands,
Berlin.

Werte Genossen!

Der Briefwechsel, den wir in den letzten Tagen wegen der Umbildung der Regierung mit der demokratischen und der Zentrums-partei geführt haben, ist Ihnen aus der Veröffentlichung in der Presse (siehe Freiheit Nr. 407 vom 6. Oktober 1921) bekannt. Sie haben aus ihm die Stellungnahme dieser beiden Parteien erfahren.

Der Vorstand der USPD. hat sich in seiner heutigen Sitzung mit dem Ergebnis dieses Briefwechsels befaßt und muß es seinerseits ablehnen, Ihre Partei, insbesondere wegen Ihrer Haltung zu den politischen Problemen der Vergangenheit, wie das in dem Schreiben des Herrn Koch gewünscht wird, zu examinieren.

Für die weitere Stellung unserer Partei zur Umbildung der Regierung wäre es für uns vor allem wertvoll, zu wissen, ob die USPD, die seit Annahme des Londoner Ultimatus die Regierung Wirth in der lokalen Erfüllung des Ultimatus und in der Führung einer republikanisch-demokratischen Politik unterstützt hat, bereit ist, vorbehaltlich der Festlegung des Regierungsprogramms im einzelnen, in dieses Kabinett Wirth einzutreten. Unsere Partei legt auf den Eintritt der USPD. in das Kabinett Wirth den größten Wert, weil dieses damit eine sichere parlamentarische Mehrheit erzielte, was uns vor allem im Hinblick auf die Steuerpolitik der nächsten Zukunft und auf die Durchführung der zur Sicherung der Republik notwendigen Maßnahmen dringend geboten erscheint.

Mit sozialdemokratischem Gruß
(gez.) Hermann Müller.“

Die hierauf von dem Zentralkomitee der USPD. erteilte Antwort hat folgenden Wortlaut:

„Berlin, den 8. Oktober 1921.“

Werte Genossen!

Ihr Schreiben vom 6. d. M. ist erst heute, also mit zweitägiger Verzögerung, in unsere Hände gekommen.

Sie verweisen uns darin offiziell auf die bereits am Morgen des 6. Oktober in der Presse veröffentlichten Antworten des Zentrums und der Demokraten.

Diese Antworten veranlassen Ihr Zentralorgan, den Vorwärts, in seiner Morgenausgabe vom 6. Oktober zu dem Geständnis:

„Niemand wird erwarten, daß diese Briefschreiberei noch zu einem positiven Ergebnis führt. Die Scherzfrage der Demokraten nach der unabhängigen Räterepublik ist zwar neckisch, führt aber vom Verhandlungsgegenstand weit ab. Sie dient ebenso wie die gleichartige Frage beider Parteien nach der Geneigtheit der USPD., sich mit der Volkspartei zu koalieren, nur dem Zweck, in höflicher Form zu verstehen zu geben, daß wohl die Verbreiterung nach rechts gewünscht werde, aber nicht die nach links. Damit wird auch klar, daß der Beschluß der Demokraten vom 13. September, der eine Koalition auch mit den Unabhängigen in den Bereich der Möglichkeit rückte, eine leere Geste war.“

In Ihrem Schreiben zu den Antworten des Zentrums und der Demokraten kommen Sie zu demselben Ergebnis.

Trotzdem wiederholen Sie die am 1. Oktober an uns gerichtete in unserer Antwort vom gleichen Tage zurückgestellte Frage, ob unsere Partei bereit sei, in das Kabinett Wirth einzutreten.

Nachdem feststeht, daß von den drei gegenwärtigen Koalitionsparteien zwei eine Erweiterung der Koalition nach rechts wünschen, und nicht nach links, hat ihre wiederholte Frage keinerlei aktuelle und praktische Bedeutung mehr. Wir haben daher keine Veranlassung, eine gemeinsame Sitzung der Parteileitung und der Reichstagsfraktion einzuberufen, damit sie zu der völlig gegenstandslosen Frage Stellung nehmen.

Wie wir bisher zu dem Kabinett Wirth gestanden haben und in Zukunft stehen werden, haben wir in unserer Antwort vom 1. Oktober klar ausgesprochen. Hält die Regierung ihre Politik im Rahmen der dort aufgestellten Forderungen, so ist ihre parlamentarische Mehrheit „in der Steuerpolitik der nächsten Zukunft“ und in der „Durchführung der zur Sicherung der Republik notwendigen Maßnahmen“ sicher.

Mit sozialistischem Gruß
Das Zentralkomitee der USPD.
S. A.: Crispian.“

Das Regierungsprogramm der deutschen Volkspartei.

In einer Versammlung der Deutschen Volkspartei in München bezeichnete Rechtsanwalt Dahn, der schon den Koalitionsverhandlungen der Partei in Berlin beigewohnt hatte, als Hauptbedingungen der Deutschen Volkspartei für den Eintritt in die

Regierung: Anerkennung der Unerfüllbarkeit des Ultimatus durch den Reichskanzler Dr. Wirth, Aufstellung der Schuldfrage von Reichs wegen, Verwerfung der sozialistischen Vorschläge zur Erfassung der Sachwerte.

Wenn Herr Dahn die Bedingungen seiner Partei richtig wiedergegeben hat, so bedeuteten ihre Annahme durch die andern bürgerlichen Parteien nichts anderes als die Befestigung des Kabinetts Wirth und faktisch den Krieg nach innen und außen. Mit diesen Bedingungen hat die Deutsche Volkspartei ihr wahres Wesen von neuem enthüllt und die rechtssozialistischen Lobredner von Görlich werden dadurch schon bloßgestellt.

Eine kritische Wendung in der ober-schlesischen Frage. Uneinigkeit unter den Alliierten.

Paris, 9. Oktober. Nach einem Bericht des Genfer Korrespondenten des New Yorker Herald liegt die Entscheidung des Völkerbundrates in der ober-schlesischen Frage den Mächten bereits vor. Diese hätten sich jedoch geweigert, ihren Vertretern im Völkerbundrat deren Billigung zu gestatten, falls nicht gewisse Abänderungen getroffen würden. Es verlautet, daß ein nicht-europäisches Mitglied des Völkerbundrates gedroht habe, sich von der ganzen Angelegenheit zurückzuziehen. Der Völkerbundrat halte nur noch zum Schein Sitzungen ab. Inzwischen würden leitende Mächte die Geheimverhandlungen über die vorgeschlagene Lösung fortzuführen.

Über die Lösung, die der Gegenstand der scharfen Erörterungen geworden sei, berichtet das Blatt, sie enthalte nicht nur gewisse Abänderungen der Sforzalinie, sondern auch den Vorschlag, eine dreigliedrige Kommission unter dem Völkerbund einzusetzen, die etwaige wirtschaftliche Streitigkeiten beilegen solle. Diese Kommission würde keine Verwaltungsbefugnisse haben, wie die Saar-Kommission, sondern lediglich Streitigkeiten zwischen den deutschen und den polnischen Gemeinwesen beiderseits der vorgeschlagenen Linie regeln, deren Wirtschaftslieben in gegenseitiger Abhängigkeit stehe. Die Kommission sollte zusammengesetzt sein aus einem Deutschen, einem Polen und einem Neutralen. Der Gedanke sei von dem belgischen Delegierten Symans ausgegangen und schließlich von seinen Kollegen gebilligt worden. Im einzelnen seien die Befugnisse der Kommission gegenwärtig Gegenstand der Kontroverse unter den Mächten. Gerüchtweise verlautet, daß die englische Regierung in gewissen untergeordneten Einzelheiten Einwendungen gegen die vorgeschlagene Grenze erhoben habe. Diese Linie würde: Kōniastraße und Kattowik an Polen fallen lassen, obwohl Lond George in Paris darauf bestanden hatte, daß sie Deutschland zugesprochen werden sollten.

In Anbetracht der in diesem ansehenden aus eingeweihten Kreisen stammenden Bericht gegebenen Darstellung kann die folgende Havas-Meldung nur als Verlesungsversuch betrachtet werden:

Paris, 9. Oktober. Havas meldet aus Genf, der Völkerbundrat sei noch nicht in der Lage, sein Gutachten über die ober-schlesische Frage abzugeben. Die Schlussfolgerungen der vier nicht ständigen Mitglieder, die mit der Prüfung der Frage beauftragt seien, fern dem Völkerbundrat noch nicht unterbreitet worden. Er werde erst Anfang nächster Woche in einer Vollversammlung davon Kenntnis nehmen.

Eine Rede des Reichskanzlers. Oberschlesien und das Angebot der Industriellen.

Berlin, 10. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Der Reichskanzler hat seinen Urlaub abgebrochen und ist nach Berlin zurückgekehrt. Im katholischen Arbeiterverein zu Osnabrück hielt er noch eine Rede, in der er sich sehr besorgt um das Schicksal Oberschlesiens äußerte. Er sagte: „Ich weiß nicht, ob eine Gefinnungsänderung bei den Alliierten eingetreten ist, oder ob man etwa Lust verspürt, ein neues Land im Osten zu konstatieren, über das in Deutschland noch nach Jahrzehnten getrauert werden würde. Heute noch wäre eine Verständigung mit dem polnischen Volke möglich. In Warschau hat jedoch die Vergrößerungswut die Geister verblendet und das polnische Volk geht dazu über, sich mit dem deutschen Volke zu verbünden, nachdem es sich die Russen zu Todfeinden gemacht hat und obwohl in Litauen und Galizien der Kampf noch nicht abgeschlossen ist. Soll zwischen das deutsche und polnische Volk ein verpesteter Leichnam gesetzt werden? Der Gedanke einer solchen Konstruktion sollte die Politiker aller Länder abhalten, den Schritt zu tun, dem deutschen Volke deutsches Land, das jahrhundertlang zu uns gehört hat, durch ein Diktat zu rauben. Das deutsche Volk, das guten Willens ist, ein Reich der Freiheit und Gerechtigkeit und ein Reich des Friedens mit allen Völkern unter größten Opfern aufzubauen, darf nicht enttäuscht werden. Der Reichskanzler streifte später auch die Verhandlungen mit den Vertretern der Industrie, des Handels und der Banken, wobei er seiner Ansicht dahin Ausdruck gab, daß er durchaus damit einverstanden sei, daß jene Kreise, die dem deutschen Volke helfen wollten, auch mit Verantwortung tragen an den Regierungsgeschäften. Aber täuschen dürfe man das deutsche Volk nicht, das Angebot müsse Wirklichkeit werden. Das deutsche Volk sei zu retten, wenn es sich nicht selbst aufgäbe.“

Ein Finanzplan der österreichischen Sozialdemokratie.

Von J. Brod, Wien.

Als im Oktober 1920 die sozialdemokratische Partei in Folge des Wahlausganges, der ihr einen Verlust von sechs Mandaten gebracht hatte, die Koalitionsregierung verließ, atmte das Bürgertum rechts und links erleichtert auf; denn jetzt mußte die von der Entente sofort versprochene Hilfe kommen. Die Christlichsozialen hatten nämlich in allem Ernst geglaubt, oder taten so, als würden sie es glauben, daß die Ententemächte nur deshalb mit der Hilfsaktion zurückhielten, weil sie zu der von den Sozialdemokraten beeinflussten Regierung kein Vertrauen fassen konnten. Wenn erst einmal die Sozialdemokraten aus der Regierung ausgetreten seien, würden die Ententemächte ihr Versprechen sofort einlösen. Da die Sozialdemokratie bei den Wahlen in der Minderheit blieb, ergriff sie gern die Gelegenheit, aus der Koalition auszutreten und den Christlichsozialen das Heft zu überlassen. Die Herren konnten jetzt ungehindert arbeiten, die „alte bewährte Ordnung“ wieder herstellen, das Vertrauen zur österreichischen Währung wieder aufrichten, die Produktion fördern und Handel und Wandel wieder in Fluß bringen.

Die Neue freie Presse, das führende Organ des Bürgertums, machte sich bei dieser Gelegenheit über die Sozialdemokratie lustig, weil sie es nicht verstand, die Ernährungsverhältnisse zu bessern, den Goldwert zu heben, den „Mittelstand“ zu retten, das Elend des Volkes zu lindern und die „Hausfrauen in ihrem Jammer zu trösten“. Seitdem ist nun ein Jahr vergangen, die bürgerlichen Staatsmänner haben genügend Zeit gehabt, das Volk aus der größten Not zu befreien. Statt dessen ist das Elend des Volkes noch größer und der „Jammer der Hausfrauen“ noch eindringlicher geworden. Die Ernährungsverhältnisse sind noch schwieriger geworden als im Vorjahre, der „Mittelstand“ kämpft mit dem Hunger und der Goldwert ist so tief gesunken, daß die Preise der Lebensmittel nur noch für die neuen Reichen erschwinglich sind. Im Zeitraum von kaum 14 Tagen sind die Preise um 100 Prozent und mehr in die Höhe gegangen. Als Grund wird die Erhöhung der Devisenpreise oder, was dasselbe ist, die Entwertung der Krone angegeben. Das ist ebenso geistreich als wenn jemand sagen würde: Wir leiden an Kälte, weil es nicht warm ist. Die bürgerlichen Gelehrten bemühen sich wissenschaftlich nachzuweisen, daß die Entwertung der Krone in den wirtschaftlichen Verhältnissen gar nicht begründet sei; aber je klarer die Beweisführung ist, desto tiefer sinkt der Kurs der Krone. Am 4. Oktober stand der Kronenkurs in Zürich 0.24, das heißt, für 100 österreichische gestempelte Kronen wurden 24 Centimes gezahlt. Die Wiener Devisenzentrale verzeichnete folgende Valutakurse:

	3. Oktober	3. September
Amerikanische Dollar	2650	1129
Englische Pfund	9850	4290
Deutsche Mark	21,08	13,19
Ungarische Kronen	27,78	13,72
Schweizer Franc	482,75	195,75
Französische Franc	184,45	89,80

Diese mehr als hundertprozentige Kurssteigerung der Valuten in der kurzen Zeit von einem Monat wirkt katastrophal. Wie lange die Bevölkerung diesen Druck ertragen wird, kann niemand sagen.

In dieser großen Not Oesterreichs hat die Sozialdemokratie nach eingehender Beratung die Initiative zu einem Finanzplan ergriffen, der gegenwärtig in der bürgerlichen Presse „kritisiert“ wird. Es werden darin folgende Forderungen aufgestellt:

1. Novellierung des Gesetzes über die Vermögensabgabe, indem zu der vorgeschriebenen Abgabe ein Zuschlag eingehoben wird, um den gesunkenen Geldwert zu ersetzen.
2. Reorganisation der Steuerbehörden, da die bestehende Organisation ihrer Aufgabe nicht gewachsen ist, was durch das Anwachsen der Rückstände bewiesen wird.
3. Die einmalige Vermögensabgabe ist durch eine jährliche progressive Vermögenssteuer zu ergänzen.
4. Erhöhung der Grundsteuer auf das hundertfache ihrer Friedenshöhe, da infolge der Geldentwertung die gegenwärtige Steuer in einem lächerlichen Mißverhältnis zu den jetzigen Preisen der Agrarprodukte stehen, und weil ferner die Land- und Fortwirtschaft zum Staatshaushalt verhältnismäßig weniger beiträgt, als die städtische Bevölkerung.
5. Zeitgemäße Reform der Besteuerung der Industrie, und zwar in der Weise, daß der Staat der Gesamtindustrie eine Gesamtsteuer auferlegt, mit deren Aufbringung die in Verbände organisierte Industrie betraut wird.
6. Anpassung des Gebührenwesens an den verminderten Geldwert.
7. Monopolisierung des Großhandels mit Spiritus, Petroleum und Zündhölzern, um den Profit, der bis jetzt dem Privatkapital zugefallen ist, dem Staate zuzu-